

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei bester Poststellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. in voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das russische Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 10 M., für das übrige Ausland 17 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 9 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die abgedruckten Propaganda-Blätter oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das setzgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen das setzgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Wie die Kommunistische Partei aussieht

### Die Folgen der Märzaktion

Die Anhänger Paul Levys haben innerhalb der KAPD eine oppositionelle „Zelle“ organisiert. Sie geben zur Information an ihre Anhängerschaft „Material“ über die Zustände in der Partei und über die Folgen der Märzaktion heraus. Wir sind in der Lage, aus dem Material Nr. 3 nachfolgend die wichtigsten Auszüge wiederzugeben, die den Zustand der kommunistischen Partei nach der Märzaktion schildern und das Verhältnis zwischen der KAPD, und der Exekutive in Moskau zur Darstellung bringen. Das Material der Leviten stellt zunächst fest, die Zentrale behauptet, die Folge der Märzaktion sei eine starke Kräftigung der Partei und eine Erhöhung ihrer Schlagkraft. Das bedeute ein „erneutes Bewindeln der Mitgliedschaft“. Sodann werden Tatsachen zusammengestellt, um zu zeigen, wie es in Wahrheit mit der kommunistischen Partei bestellt ist, und „wie die Parteigenossen belogen werden“. Dieses Material berichtet zunächst über

#### Groß-Berlin

**Stärke der Organisation Berlin-Brandenburg:** Vor der Aktion etwa 35 000 Mitglieder, nach der Aktion etwa 20 000 Mitglieder. — Teilnahme an der Aktion: verschwindend gering!

#### Die Situation in den Großbetrieben:

**Konsumgenossenschaft:** Vor der Aktion Kraftionsstärke etwa 350, jetzt keine 100 Mitglieder mehr. Siemenskonzern: Bisher sehr starke Fraktion. Jetzt sehr schwacher Einfluss. Im Bernerwerft-Charlottenburg von 2000 Mann etwa 200 herausgegangen, die jetzt keine mehr regeln! Turbine AG: Dies Werk war bisher eine unserer Hochburgen. Ging einen Tag in den Streik. Dann mit großer Majorität Abbruch beschlossen und Wiederaufnahme der Arbeit gewaltsam erzwungen. In der Formerei-Abteilung, die bisher überwiegend kommunistisch, die Hälfte der Mitglieder verloren. Niemand will mehr Betriebsfunktionär werden. Siemens-Charlottenburg: Es war nach der Aktion nicht mehr möglich, eine eigene Betriebsratsliste aufzustellen! Stadtmotorenfabrik und Daimler-Motoren: Ueberhaupt keine Streikbeteiligung!

In allen Betrieben, wo ein Teil der Belegschaft herauszubringen war, liegen die Vertrauensleute jetzt draußen. Die Groß-Berliner Metallarbeiterfraktion der K. A. P. D. verurteilt die Aktion aufs schärfste. In unserer bisher stärksten Hochburg hängen wir in der Luft, da die meisten Funktionäre entlassen. In den Branchenkommisionen gingen viele unserer Funktionäre zur U. S. P. über oder wollen austreten.

#### Aus dem Reich

**Bezirk Unterweser:** Von etwa 12 000 Werftarbeitern beteiligten sich etwa 500 am Streik, von denen jetzt etwa 100 auf der Straße liegen. Parteiorganisationen so geschwächt, daß sie ihr Personal nicht mehr besolden können. S. P. D. und U. S. P. D. dusen reichen Mitgliederzuwachs. Die Leute gingen in den Streik, weil man ihnen vorgelogen hatte, in Bremen stünde es klärend, dort sei der Generalstreik im Gange; und das, nachdem ein halbblättriger Streikführer in Bremen sofort zusammengebrochen war! Dennoch hieß es bis zum Schluß: Bremen streikt!

**Hannover:** Von 3000 Mitgliedern beteiligte sich — Aus am Streik und wurde gemahregelt.

**Magdeburg:** Kein Streik, da, wie die Leitung erklärte, Beteiligung am Streik aus „taktischen“ Gründen unmöglich!

**Hamburg:** 500 Funktionäre gemahregelt. Gewerkschaftsarbeit fast völlig lahmgelegt. Ein großer Teil der Mitglieder verweigert die Beitragszahlung.

**Mitteldeutschland:** Organisation im Mansfelder Kreise völlig zusammengebrochen, in den meisten anderen Bezirken schwer gelähmt. Die meisten unserer Funktionäre sind gemahregelt. Streikbeteiligung sehr minimal. In Mansfeld wurde in einem Teil der Orte gekämpft, in anderen gearbeitet. Bei den Betriebsratswahlen der Bergarbeiter nach der Aktion erhielten Bergarbeiterverband 222 Mandate, Kommunisten 11, Allgemeine Arbeiterunion 9! Ueberall Massenflucht aus der Partei!

**Mittelrhein:** In Anwesenheit des Zentrale-Mitgliedes Dr. Ernst Meyer lehnte eine Funktionärskonferenz die Beteiligung am Streik einstimmig ab. Dennoch berichtet Meyer auf der letzten Zentralausführung: die mittelrheinische Bezirksleitung habe den Streik labortiert!

**Rheinland:** 500 Funktionäre gemahregelt, Gewerkschaftsarbeit schwer gelähmt.

**Elberfeld:** Massenflucht aus der Partei. Gewerkschaftsarbeit völlig lahmgelegt.

**Düsseldorf:** Obwohl hier überhaupt kein Streik gewesen, beteiligten die Funktionäre die Aktion und alle sonstigen Maßnahmen der Zentrale.

**Bergarbeiterbewegung im Ruhrbezirk:** Unser harter Einfluss auf die Bergarbeiter ist völlig zum Teufel. Nachdem vor kurzem erst die Bergarbeiter aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern ausgetreten, sind sie nunmehr wieder völlig in der Hand des Alten Bergarbeiterverbandes und Hues. Damit ist zunächst die Möglichkeit revolutionärer Aktionen mit den Bergarbeitern, die vor der Aktion durchaus wahrscheinlich, glatt erledigt.

**Opladen:** 1200 Mitglieder aus Partei und Gewerkschaften ausgetreten, die fast rein kommunistisch zusammengesetzt war.

**Hann:** Aktion nicht mitgemacht.

**Frankfurt a. M.:** Kein Generalstreik, nur Streikdemonstration, an der sich etwa 400 Mann beteiligten. Die Redaktion der Zeitung schreibt nach der Aktion für uns: ein Stoßtrupp der Aktionsleiter erschien in der Sekerei und zerstörte gewaltsam Artikelheft gegen die Aktion!

Württemberg, Baden, Bayern, Sachsen, Ostpreußen, Mecklenburg: Keine Streikbeteiligung.

Ein weiterer Abschnitt des Materials, der die lebenswichtige Ueberschrift „Wie gelogen wird“ trägt, verteidigt Levi gegen den Vorwurf der Verleumdung, Fälschung und Denunziation, der von den Anhängern der Zentrale gegen ihn wegen der Veröffentlichung seiner Broschüre erhoben wird. Von besonderem Interesse ist aus diesem Abschnitt nur die Feststellung, daß sich die Partei in Württemberg an der Märzaktion zwar nicht beteiligt, dafür aber der Zentrale nach der Märzaktion ein Vertrauensvotum ausgestellt habe. Dieses Beispiel zeigt, wie das „Vertrauen der Massen“ zustande kommt, das die Zentrale immer noch zu besitzen vorgibt. Levys Verhalten wird außerdem gerechtfertigt mit einer ähnlichen Haltung Lenins in früheren Stadien der Entwicklung der kommunistischen Partei in Rußland. Wie Lenin, so habe auch Levi nur seine Pflicht getan. Der Absatz endet mit folgender Schlussfolgerung:

Soll die Partei aus der Verwirrung und der Zerrüttung, in die sie durch die unfelige Märzaktion gestürzt wurde, herauskommen, ist schärfstes Abdrücken der jetzigen Richtung der Zentrale notwendig. In der Märzaktion wurde die Partei geopfert, ohne daß die Parteigenossen gefragt wurden. In Mitteleuropa war z. B. die von der Mitgliedschaft gewählte politische Leitung der Partei glatt ausgeschaltet! Tausende stehen jetzt vor den Ausnahmegerichten, Hunderte sind guten Glaubens im tayloren Kampfe gefallen. Das darf sich nicht wiederholen. Um die Partei zu retten, müssen jetzt die bekämpft werden, die sie durch den Märzputsch gegen den Willen der breiten Massen der Mitglieder ins Verderben gestürzt haben.

Die nachfolgenden Absätze des Materials, in denen Vergleiche gezogen werden zwischen dem Märzputsch und der Märzaktion und zwischen dem Märzputsch und den Juni-Kämpfen in Petersburg 1917, sind für die Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes der KAPD, nicht von Bedeutung, aber auch als historische Betrachtungen völlig belanglos, so daß wir auf eine Wiedergabe verzichten können. Dann aber kommt das Material auf die „Hörsinglegende“, wie sich die Leviten äußern, zu sprechen, um sie in folgender Weise zu zerstören:

#### Die Hörsinglegende

Immer wieder behauptet die Zentrale, die Märzaktion sei eine Folge des Vorgehens Hörings in Mitteldeutschland gewesen. Kein Wort davon ist wahr. Die Märzaktion war beschlossen, ehe irgendwas von den Vorgängen in Mitteldeutschland bekannt geworden!

Vier Tage vor der Zentralausführung am 7. März, in der die Zentrale ihre neue Putsch- und Propagandatheorie entwickelte, hatten sowohl Genossen Zetkin wie Levi eine Unterredung mit dem Vater dieser neuen taktischen und grundsätzlichen Führung der Partei: einem Vertreter der Exekutive! Dieser entwickelte den beiden Genossen das, was später im Zentralausgang die Mitglieder der Zentrale als neue Linie der Partei, als Bruch mit der bisherigen Vergangenheit, bezeichneten. Erst im Laufe dieser Zentralausführung wurde Hörings Vorgehen bekannt! Levi und Zetkin haben sofort gegen diesen Wahnsinn protestiert! Leider erfolglos. Und damit er nicht weitergehe, schrieb Levi seine Broschüre, mußte sie schreiben, um die Parteigenossen aufmerksam zu machen und zu warnen.

Wie die Exekutive in Moskau gegenwärtig beschaffen ist, und was die in der kommunistischen Partei verbliebenen Arbeiter noch zu erwarten haben, wenn die Reste der KAPD, auch in Zukunft nur eine willige Gefolgschaft der Moskauer darstellen, zeigten die auf einen Bericht Kurt Geyers gestützten nachfolgenden Abschnitte über

#### Die Haltung der Exekutive in Moskau

Die italienische Parteisplaltung in Livorno. — Die Verhandlungen der Exekutive am 22. Februar ergaben insbesondere in der Frage der italienischen Parteisplaltung ganz klar, daß die jetzige Führung der Exekutive nicht auf die Aktionen von Massenparteiern eingestellt ist, sondern sektiererisch arbeitet. Schon auf der Fahrt von Petersburg, — wo Kurt Geyer von Genossen Sinowjew und einigen anderen Genossen empfangen wurde, die jetzt in Deutschland als Vertreter der Exekutive wirken, — nach Moskau erklärte Genosse Sinowjew am Schluß der Aussprache:

„Ich fürchte, wir haben schon zuviel in die Dritte Internationale aufgenommen. Wir hätten besser, die Dritte Internationale zu schließen und die Serratis zu entfernen.“

Unter den Serratis war nicht nur der italienische Serrati verstanden, sondern alle diejenigen, die sich gegen die jetzt, putschistisch eingestellte Taktik des Exekutivkomitees der Dritten Internationale auflehnen, insbesondere die Genossen um Levi. In der offiziellen Sitzung der Exekutive vom 22. Februar erklärte Genosse Sinowjew abermals, ohne Widerspruch außer bei Geyer zu finden:

„Wir haben schon zuviel in die III. Internationale aufgenommen. Wir brauchen nicht in jedem Lande eine halbe Million Mitglieder.“

Eine klare Entschcheidung über die Frage: Massenpartei oder Sekte wurde aber nicht getroffen. Sicher ist nur, daß die Exekutive der Sekteneinstellung des sog. „linken Kommunismus“ nach der Art der K. A. P. D. und der dieser eigentümlichen Taktik juneigt. In Deutschland gelten als linker kommunistischer Flügel im Sinne der Exekutive die Genossen um Ernst Meyer, Paul Fröhlich und Friesland, während als Opportunisten die Genossen um Levi und Däumig beschrieben sind.

#### Die Frage der K. A. P. D.

Die Exekutive billigt trotz des Widerspruchs der deutschen Vertreter die Kritik der K. A. P. D. an der K. A. P. D. und hält sie in den meisten Punkten für gerechtfertigt. Die Exekutive ist der Meinung, die putschistische Taktik der K. A. P. sei für Deutschland die richtige; d. h. also einer Taktik, die auch um den Preis von Provokationen der Gegner Aktionen erzeugt. Die Zentrale Levi-Däumig wird hauptsächlich deshalb als opportunistisch verdammt, weil sie diese kapitalistische Taktik abgelehnt hat. Kritisiert hat die Exekutive an der K. A. P. nur ihre Einstellung zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage. Sie soll unter allen Umständen als Antreiberin und Kontrollorgan der K. A. P. D. sympathisierendes Mitglied bleiben. Die Tendenz ist die Verschmelzung der K. A. P. mit der K. A. P. D.

#### Die Märzaktion in Deutschland

Die Märzaktion entspricht der zurzeit putschistischen Einstellung der Exekutive und ist geboren aus ihrer mehr oder weniger offenen Billigung der Reichsbanner der K. A. P. Hauptvertreter dieser Taktik waren in der Exekutive zwei Genossen, die jetzt wieder als Vertreter der Exekutive in Deutschland sind, und mit denen — wie weiter oben mitgeteilt — die Genossen Levi und Zetkin vier Tage vor der Sitzung des deutschen Zentralausführungsausschusses am 17. März, eine Unterredung hatten. Einer von ihnen war bis zum Dezember 1920 — wo er verhaftet und ausgewiesen wurde — gleichfalls Vertreter der Exekutive in Deutschland. Er hat die Exekutive über seinen Aufenthalt in Deutschland im vergangenen Jahre zum Teil belogen, teils hat er Anschauungen über deutsche Verhältnisse produziert, die geradezu haarsträubend waren. So behauptete er in einer Sitzung der Exekutive Ende Februar, daß anlässlich des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks im Dezember 1920 in Deutschland der Generalkrieg hätte proklamiert werden können. Die Ruhrbergarbeiter wären dazu entschlossen gewesen, wenn die Zentrale Levi-Däumig dazu aufgezwungen hätte. Das war eine glatte Lüge des Genossen; denn eine Konferenz der Ruhrbergarbeiter, bestehend aus deren Vertrauensleuten der K. P. D. und linken U. S. P. hatte in seiner Gegenwart jeden Generalkrieg und jede andere Aktion aus Anlaß des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks abgelehnt. Kurt Geyer protestierte sofort gegen diesen Schwindel; die Exekutive schenkte jedoch dem Lügner Gehör. Aus seiner völligen Unkenntnis der Dinge in Deutschland heraus kam dann dieser Genosse zu der Auffassung, in Deutschland sei es möglich, durch Provokationen der Reaktion und Offensivbewegungen eine revolutionäre Aktion zu erzeugen. Er sagte z. B., daß die K. A. P. D. die bayerische Frage produzieren müsse. Im übrigen entwickelte er die Theorie, die dann in der Zentralausführung vom 17. März von den Mitgliedern der Zentrale der K. A. P. D. als die neue, notwendige Offensivtaktik und Provokationsmethode zur Förderung der deutschen Revolution angepriesen wurde. Trotz des energischsten Protestes Kurt Geyers stimmte die Exekutive seinen Ausführungen zu und sandte ihn nach Deutschland, damit er sie in die Tat umsetze. Die Märzaktion war damit geboren und eingeleitet.

In einem letzten Abschnitt wird in dem Material der Leviten noch gesagt, daß die neue Taktik der Moskauer auf falschen Informationen ihrer Vertrauensmänner beruhe. Wie sie zu ihnen kommt, zeigt folgende Feststellung:

„Diese (die Vertrauensmänner) berichten vielfach so, wie es die Moskauer Genossen auf Grund ihrer vielfach vorgefassten Meinung zu hören wünschen. Die Exekutive unterhält z. B. in fast allen deutschen Parteibezirken Vertrauensleute, die ohne Wissen und Kontrolle der deutschen Zentrale der KAPD nach Moskau berichten. Kein Wunder, daß bei einem solchen System Mißtrauen hüten wie dräben entsteht. Das Verderblichste ist, daß die Vertreter der Exekutive große Mittel zur Verfügung haben, über deren Verwendung innerhalb der Parteien die nationalen Zentrallen keine Kontrolle besitzen.“

Was bei alledem herauskommt, zeigt der Märzputsch: Niederlagen der Arbeiter, endloses Elend der Betroffenen, Triumphe der Reaktion. Deutlicher kann das nicht gezeigt werden, als in dieser Darstellung derer, die das Treiben der kommunistischen Parteiführer aus der Nähe beobachten konnten, weshalb es uns unnötig erscheint, diesem „Material“ noch viel hinzuzufügen.

Nur eines muß noch festgestellt werden: das ist die Verantwortung und die Schuld der Leviten, voran Levi selbst, dann die Däumigs, Klara Zetkin und der anderen. Diese Leute wußten vorher, was die Moskauer Provokateure vorhatten, in welcher unglaublich verbrecherischer Weise diese Revolutionsnarren und ihre deutschen Helfershelfer die Arbeiter in einen sinn- und auslosigen Putsch hineintrrieben und haben trotzdem so lange geschwiegen, bis es zu spät war. Ueber Däumig braucht man kein Wort zu verlieren: so sieht der nun einmal aus, so haben wir ihn noch bei jeder Aktion kennen gelernt. Aber Levi und Zetkin, die sich als große revolutionäre Führer aufgespielt haben, die mit solcher Ueberhebung über andere geurteilt haben, haben sich in entscheidender Stunde als Klein und feig erwiesen. Sie sind gerichtet. Und auch hier ist noch ein Unterschied zu machen. Levi hat wenigstens offen und unbekümmert um die Konsequenzen den Kampf aufgenommen. Die Däumig und Zetkin und wie die kleineren Leute alle heißen, bleiben aber in dieser Partei des putschistischen Verderbens, bleiben vereinigt mit den Moskauer Verbrechern und hoffen noch immer eine politische Rolle spielen zu können. Das ist aber vorüber, sie sind heute nichts anderes als die Genossen der Stoecker, Fröhlich und Konsorten, von denen zu lösen sie nicht einmal das bishigen Rut und das b'hen Ehrlichkeit finden.



## Rundgebung für Oberschlesien

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Afa-Bund, den christlichen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsring (S. D.) am Sonntag eine Rundgebung gegen das Vorgehen der Polen in Oberschlesien. Diese Absicht wäre zu loben, denn es gehört gewiß im gegenwärtigen Augenblick zu den Pflichten der deutschen Arbeiterklasse, Gerechtigkeit für Oberschlesien zu fordern. Leider haben sich die Gewerkschaftsorganisationen jedoch veranlaßt gesehen, sich zu diesem Zwecke mit dem organisierten Unternehmertum zu verbinden. Der Aufruf zur Rundgebung ist von allen großen Unternehmerverbänden mitunterzeichnet.

Wir bedauern das auf das lebhafteste, denn wir sehen nicht den mindesten Grund für dieses unnatürliche Bündnis. Wir erwarten allerdings mit Bestimmtheit, daß die Rundgebung trotz dieser Verkopplung mit dem Unternehmertum keinen nationalpolitischen Anstrich bekommt. Unsere Auffassung zur oberschlesischen Frage haben wir wiederholt dargestellt. Die deutsche Arbeiterklasse hat nur dafür einzutreten, daß das Abstimmungsresultat gewahrt und in gerechter Weise bei der Grenzfestsetzung ausgewertet wird. Sie hat weiter dafür zu sorgen, daß die deutsche Regierung sich jeder militärischen Intervention enthält und ihren ganzen Einfluß aufbietet, um auch eine Einmischung der wildgewordenen Organelemente auf eigene Faust unmöglich zu machen. Nur mit diesen Parolen darf sich die Arbeiterklasse an einer solchen Rundgebung beteiligen.

## Der Botschafterrat und Oberschlesien

(Havas.) Paris, 20. Mai.

Der Botschafterrat nahm heute vormittag Kenntnis von den Meldungen, welche von der Interalliierten Kommission über die Lage in Oberschlesien eingelaufen sind. Er nahm ferner eine Anzahl Berichte des Interalliierten Militärkommissars in Versailles entgegen über die Einzelheiten der Durchführung des Vertrages von Versailles mit Bezug auf die militärischen und Luftschiffahrtsbestimmungen, wie sie durch die Pariser Entscheidung festgesetzt wurden.

Ueber die Botschafterkonferenz berichtet „Echo de Paris“, daß Jules Cambon erklärte, die Botschafterkonferenz werde sich künftig nicht mehr mit der oberschlesischen Frage beschäftigen, da die alliierten Regierungen sie von dieser Aufgabe entbunden haben und nunmehr die Lösung der Frage selbst in die Hand nehmen wollen.

## Englische Denkschrift über Oberschlesien

Die Agence Havas meldet aus London: Lord Curzon ließ heute nachmittag dem französischen Botschafter eine lange Denkschrift über Oberschlesien überreichen. Die englische Regierung bringt darin ihre Ansicht zum Ausdruck. Sie erkennt an, daß seit dem 13. Mai ihr Mitteilungen zugegangen seien, die die Ansichten der britischen Regierung ändern könnten. Sie bedauert jedoch, daß die französischen Truppen sich nicht energischer zeigten.

## Die interalliierte Zusammenkunft

Paris, 20. Mai.

Einer Havasmeldung aus London zufolge hat die französische Regierung heute der englischen Regierung bestätigt, daß sie das Datum der nächsten interalliierten Zusammenkunft nicht vor Beendigung der Debatte über Oberschlesien, die in der Deputiertenkammer stattfindet, festsetzen könne. Die französische Regierung hat indessen, um dem Wunsche der englischen Regierung Rechnung zu tragen, zugestimmt, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in Boulogne stattfinden soll.

London, 21. Mai.

Wie die Blätter melden, wird die interalliierte Zusammenkunft in Boulogne Mitte nächster Woche stattfinden. Lord George geht heute an die See und sich später von dort nach Frankreich zu begeben. Churchill wird Lord George wahrscheinlich begleiten. Italien, Japan und Amerika werden auf der Konferenz vertreten sein.

## Die Theater dem ganzen Volke

Erste Generalversammlung des Verbandes der deutschen gemeinnützigen Theater

Vor etwa dreiviertel Jahren wurde auf einer Tagung in Würzburg der Verband der deutschen gemeinnützigen Theater ins Leben gerufen. An der Gründung beteiligten sich zahlreiche Staaten und Städte, die im Besitz eigener Theater sind sowie die Berliner Volksbühne E. W. Aufgabe des Verbandes sollte es sein, entweder, wenn bestimmte Zugeständnisse gemacht würden, innerhalb des Deutschen Bühnenvereins, sonst außerhalb seines Rahmens, die besonderen Interessen der ohne Gewinnabsichten bewirtschafteten Theater zu vertreten.

Am 9. Mai hielt der junge Verband nun in Mannheim seine erste Generalversammlung ab. Dem von dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Ruher, erstatteten Bericht über die ersten Monate seines Bestehens war zu entnehmen, daß sich in dieser Zeit auch die meisten in Würzburg noch nicht vertretenen gemeinen, eigene Theater bewirtschaftenden Städte und Staaten sowie mehrere andere gemeinnützig bewirtschaftete Bühnen angeschlossen hätten. Mit dem Deutschen Bühnenverein kam eine Einigung zustande, die der „Gruppe der gemeinnützigen Theater“ in ihm einen starken Einfluß verbürgt. Gleichwohl blieb der Verband zur Erfüllung besonderer Aufgaben neben dem Bühnenverein bestehen. Und in zahlreichen Gutachten, Verhandlungen und Feststellungen erwies er auch seine Daseinsberechtigung.

Die Mannheimer Tagung war besonders bedeutungsvoll durch die in öffentlicher Sitzung vorgenommene Beratung der Frage: Wie können die staatlichen und städtischen Theater ihren Besucherkreis erweitern? Das einleitende Referat hielt der Generalsekretär der Berliner Volksbühne Dr. Restriepke. Er wies auf die Verpflichtung der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Theater hin, im besten Sinne des Wortes Volksbühnen, Volksbildungstätigkeiten zu werden. Leider ständen sie heute aber in der Regel nur den oberen Zehntausend offen. Die Einführung einzelner Volksvorstellungen oder Vereinsvorstellungen, die wie Proben von der Reichen Tische witzten, könnte auch nicht genügen, zumal sie, von den technischen Schwierigkeiten einer gerechten Verteilung der Plätze usw. ganz abgesehen, ein inneres Verhältnis, eine dauernde Beziehung zwischen Besuchern und Bühne niemals herstellen könnte. Der Redner erblickte die Möglichkeit hierzu allein in der Bildung von Volksbühnenorganisationen oder Theatergemeinden, denen von den städtischen Theatern ausreichend Vorstellungen bzw. Plätze gegen billige Pauschsummen zur Verfügung zu stellen wären, damit durch sie an die kunstinteressierten Kreise

## Französische Verzögerung

London, 21. Mai.

Der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle“ schreibt heute unter der Überschrift: „Französische Verzögerung“: Alle, die die äußerste Dringlichkeit einer alliierten Konferenz über Oberschlesien einsehen, werden bedauern, daß die Debatte in der französischen Kammer bis zum Dienstag vertagt worden ist. Ohne Bräutigam einer beabsichtigten Verzögerung beschuldigen zu wollen, können wir vielleicht doch zum Ausdruck bringen, daß es eine gewisse Pflicht gegenüber seinen Alliierten hat, nicht so zu handeln. Vor ihm und uns befindet sich eine Lage, in der die eine der beiden Parteien gewisse überlegene Stellungen mit Gewalt eingenommen hat und in der schon die Zeit auf Seiten dieser Partei ist, während die andere Partei benachteiligt ist. Daher ist eine gerechte Entscheidung zwischen den Alliierten schon vorher beabsichtigt. Wie ist diese Lage entstanden? In erster Linie durch die Aktion der polnischen Partei in Oberschlesien, in zweiter Linie jedoch und zwar in sehr wesentlichem Maße durch die Aktion der Franzosen selbst. Die Franzosen sind es, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für ein fair play in der streitigen Provinz verantwortlich waren und noch sind. Die Ordnung wurde vollkommen umgekehrt, und die Franzosen haben nicht versucht, sie zu retten. Man hätte erwarten können, daß sie, nachdem sie sich so ins Unrecht gesetzt haben, die erste Gelegenheit ergreifen würden, um sich durch eine interalliierte Konferenz wieder ins Recht zu setzen. Sie vertuschen den Gegenstand des Streites und schaffen das große Risiko deutscher Gegenstände gegen den polnischen Schlag. Ein Teil der französischen öffentlichen Meinung würde eine solche Aktion von Seiten Deutschlands begrüßen, um eine Entschädigung für eine Erneuerung des Vormarsches in das Ruhrgebiet zu haben. Als Demnis gegen einen solchen Angriff könnte ein französischer Vormarsch gerechtfertigt sein, aber nicht als voraus berechnete Entwidlung auf einen deutschen Gegenangriff in Oberschlesien, der zu diesem Zwecke provoziert wurde. Die bereits bestehende Differenz zwischen den Alliierten würde durch eine solche Politik in nicht absehbarer Weise vergrößert werden.

## Keine englischen Truppen nach Oberschlesien

Reuter erfährt, daß die Meldung deutscher Zeitungen, zwei britische Regimenter der rheinischen Besatzungsarmee hätten den Befehl erhalten, nach Oberschlesien zu gehen, jeder Begründung entbehre. Die in London eingetroffenen Telegramme bewiesen, daß eine Notwendigkeit für die Anwesenheit dieser Truppen nicht vorliege, da die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Insurgenten und deutschen Irregulären anscheinend beseitigt sei.

## Die Haltung Amerikas

London, 20. Mai.

Reuter erfährt aus Washington, daß die an den neuen amerikanischen Botschafter in London, Harvey, gerichteten Instruktionen dahin gehen, er solle, soweit es sich um die oberschlesische Frage handle, nur als Beobachter tätig sein. Beamte des Staatsdepartements hätten wiederholt erklärt, daß die Stellung der amerikanischen Regierung dieselbe sei, wie sie in der Antwort an Polen gekennzeichnet sei, und daß daher eine wesentlich europäische Frage die Vereinigten Staaten nicht berühre. Es wurde indessen angedeutet, daß der Gedanke möglich sei, die oberschlesische und ähnliche Fragen könnten solche Bedeutung annehmen, daß sie die Interessen der Vereinigten Staaten wirtschaftlich beeinflussen. Es verlaute, in einem solchen Falle würde Harvey Instruktionen erhalten, so zu handeln, wie es zur Sicherung der amerikanischen Interessen nötig sei, mit der Begründung, daß die Vereinigten Staaten in vitaler Weise an allen wirtschaftlichen Regelungen beteiligt seien, die sich aus dem Kriege ergäben.

## Verfrühter Jubel

Wir haben bereits von der Mitteilung der bürgerlichen Presse Kenntnis gegeben, wonach gegen den Gendarmeriemajor Müller-Brandenburg von der thüringischen Staatspolizei vom Reichsanwalt Anklage wegen Hochverrats erhoben worden sein soll. Dazu gibt das Thüringer Ministerium des Innern durch das offizielle Presseamt bekannt:

In der Presse wird eine Meldung verbreitet, die besagt, Gendarmeriemajor Müller-Brandenburg sei wegen der gegen ihn

schwebenden Untersuchung nach Berlin beordert worden, nachdem die Voruntersuchung genügendes Material zutage gefördert habe, habe nunmehr der Reichsanwalt Anklage wegen Hochverrats gegen Müller-Brandenburg erhoben. Diese Nachricht ist unrichtig. Weber ist Müller-Brandenburg nach Berlin beordert worden, noch hat der Reichsanwalt gegen ihn Anklage wegen Hochverrats erhoben. Auch ist die hier (in Weimar) geführte Voruntersuchung zum Disziplinarverfahren gegen Müller-Brandenburg und einige andere Mitglieder der Thüringer Landespolizei noch nicht abgeschlossen.

## Schlechte Aussichten

Der Feldzug der braunschweigischen Reaktion

In der braunschweigischen Verfassungskonfliktfrage hat der Präsident des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in Leipzig vom Abg. Hampe vom Landeswahlverband die Einsetzung des erforderlichen Materials erbeten. Nach der Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes ist jetzt zunächst der Gegner zu hören. Dann sind zwei stützige Vorfragen zu erledigen; die eine betrifft den bei der Beratung der Reichsverfassung von der Nationalversammlung erörterten, aber nicht entschiedenen Streitpunkt, ob eine Parlamentarisminderheit überhaupt den Staatsgerichtshof anrufen kann, die zweite Streitfrage dreht sich darum, ob hier ein Verfassungskonflikt im Sinne der Reichsverfassung vorliegt. Wenn der Staatsgerichtshof auch nur eine dieser Vorfragen verneint, dann kann er in der Sache selbst überhaupt nicht entscheiden.

Es besteht also die sehr begründete Aussicht, daß das reaktionäre Geschicht in Braunschweig von seinem Feldzug gegen die sozialistische Regierung wie die betäubten Lehrender heimziehen wird.

## Eine Jugendfiliale der Orgesch

Die Verheerung der Jugend durch Nationalisten, Chauvinisten und Antisemiten ist nicht mehr zu überbieten. Man pulst unwillkürlich Jugendliche zu den verhängnisvollsten nationalstischen Abenteuer auf unter den niederträchtigsten Argumenten und mit den widerwärtigsten nationalstischen Phrasen — und hinterher sind die gewissenlosen Drahtzieher aus dem Lager der Bourgeoisie verschwunden. Eine besondere üble Pflanze dieser Art Jugendverheerung ist das jetzt ins Leben getretene „Jugendliche Jungkorps“, das sich in Bremen in der bürgerlichen Presse durch folgenden Aufruf einführt:

„Erwache, deutsche Jugend!“

Während die deutsche Regierung in Demut winkend die Hände ihrer Feiniger leidet, — während an deutschen Fluren „im Frieden“ Krieg geführt wird, — während ein deutscher Minister den deutschen Selbsthutz zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reichsgeleitzwidrig (11) verbietet, — während der deutsche Vaterlandsgedanke von fremdtrüglichen Männern aus dem Osten immer mehr und mehr gelöst wird, schließt du, deutsche Jugend! Aus deinen Reihen müssen Männer mit der Vaterlandsliebe eines Andreas Hofer, Theodor Körner und Büchler hervorgehen (1). Du bist es, die Deutschland retten kann und die das errettete Deutschland später stützen und führen soll! Erwache deutsche Jugend!“

So wird die „gebildete“ bürgerliche Jugend des Volkes der Dichter und Denker erzogen. Ihre Phantasie wird mit dem nationalstischen Bluttrank vergiftet und ihr bestes Spielzeug ist der Säbel. Und diese hirnlose Stippkassette, die die Jugend mit den plattesten Phrasen der reaktionären Rabaupropaganda füllt, beruft sich auf jene Zeit, in der Fichte zur deutschen Jugend sprach. Während die Jugend der Arbeiterklasse sich um die Geisteskräfte der Welt bemüht, gräbt die bürgerliche Jugend unter Anleitung der Orgeschleute verrostete deutsche Kriegesbeile aus und legt nach dem Stalp des „Feindes“. Wem gehört die Zukunft? Wer wird dem deutschen Volke Stütze und Führer sein?

Einschränkung der japanischen Heeres- und Marineausgaben. Wegen der bevorstehenden Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien teilte der japanische Premierminister Hara mit, daß eine Verringerung des Marinebudgets vorgenommen werden müsse, auch für das Heeresbudget im nächsten Etatsjahr sollten keine außerordentlichen Ausgaben mehr vorgesehen werden.

werden, wie sie sich in den letzten Monaten wieder in einer großen Anzahl von Orien gebildet haben.

Die Mannheimer Tagung fand ihren Abschluß durch einen anregenden Vortragsabend, an dem der Münchener Intendant Dr. Zeit über die Geschichte der gemeinnützigen Theater, Dr. Leop. Stahl aus Heidelberg über Wanderbühnen und Louise Dumont, die Leiterin des Düsseldorf Schauspielfaules, über Sprachkunst und Bühnenbild referierten.

Die Lunge der Proletarierstadt. Desseniliche Gärten und Anlagen sind die Lungen der Großstadt. Damit ist Berlin nicht übermäßig reich beglückt. Dem Bourgeois des Westens steht der größere Tiergarten zur Verfügung, und läßt vor den Toren von Berlin W, beginnt der Grunewald. Aber im Osten Berlins sieht es trübe aus. Berlin O, das ist die Proletarierstadt. Da leben dicht zusammengedrängt, ohne Licht, ohne Luft in Dunst und Schatten die Arbeiter der Milieustadt. Sie sehnen sich nach einem tiefen Atemzug. Die Lunge der Proletarierstadt kann das nicht leisten, was die Bewohnermassen an frischer Luft nötig haben. Der Proletarierstadt steht nur der kleinere Friedrichshain als Erholungsplatz offen. Da werden die Kinder spazieren gefahren, da ergehen sich die vom Uebermaß der Arbeit früh gestärkten und arbeitsunfähigen Männer und Frauen. Da schöpft Luft, was nur einen Augenblick sich Erholung gönnen darf. Der Friedrichshain ist die Lunge der Proletarierstadt.

Die Frühlingstage haben den Friedrichshain grün gefärbt. Blüten und Knospen sprossen zur Wärme und zum Licht. Dem Proletarier will es die Brust sprengen, er fühlt daß etwas Großes im Anzuge ist. Er hofft immer wieder, daß die neue Zeit es sei, die da hervorbricht. Und er ward doch so oft betrogen. Im Friedrichshain liegen die Gräber der Märzgefallenen von 1848, der Revolutionskämpfer von 1918.

Wohlt ihr, der Jugend, die immer doch wieder Hoffnungsreudis und zukunftsicher bleibt. Sie darbt, wie die Alten in der Werkstatt, im Bureau. Aber nach Feierabend da zieht es sie in den Gait.

Die Dämmerung senkt sich hernieder. Der Friedrichshain weiß ein neues Bild auf. Lautenspiel und Gesang ertönen. Aus verstaubten Wegen, aus dunkeln Wäldchen erklingt es lieblich. Die jungen Proletarier singen und freuen sich am Lautenspiel. Der ganze Hain lebt neu auf. So viel Hoffen, soviel Wäldchen, soviel Sehnen klingen aus den Gefängen. Ein Seufzer ist's der Unterdrückt, die der strahlenden Welt entgegenstreben und in deren Gefänge doch der letzte, dumpfe Schmerzenslaut der toten Kampfer vom nahen Friedhof hineinklingt.

Deutsche Musik in Frankreich. Ein großes Bach-Fest findet demnächst im Pariser Trocadero statt, und indem er diese Fest mit der Pariser Dante-Fest zusammenstellt, spricht der bedau-



# Das Existenzminimum im April

Wer die verschiedenen Teuerungstatistiken aufmerksam verfolgt, wird finden, daß die vielgepriesene Senkung der Lebensunterhaltskosten nur eine vorübergehende und partielle Erleichterung war, die den unter starkem Mißverhältnis zwischen Löhnen und Unterhaltskosten Lebenden kaum ein kurzes Aufatmen gestattete. Für März wie für April bringt der bekannte Wirtschaftskritiker R. Calmer sowohl wie die Teuerungstatistik des Reiches hierfür den unumstößlichen Beweis. So lag der Calmer in seiner Nachweisung der Lebensmittelpreise für März von dem Preisfall, daß dieser im Durchschnitt in den zur Berechnung herangezogenen circa 200 Orten so gering gewesen sei, daß man fast sagen kann, die Faktoren, die das Herabgehen der Lebensmittelpreise verursachten, haben ihre Kraft bereits wieder verloren.

Auch die amtliche Teuerungstatistik des Reiches für März zeigt, daß unter den durch Evidenzmeldungen erfaßten 47 Gemeinden 20 Orte sich befinden, in denen eine weitere Steigerung zu verzeichnen war.

Daselbe Bild zeigt sich nunmehr auch für April. Von den 189 Orten der Calmer'schen Statistik, bei denen ein Vergleich mit dem Monat vorher möglich war, sind nahezu die Hälfte, nämlich 82 Orte, in denen eine weitere Steigerung der Lebensmittel zu verzeichnen war.

Auch die soeben erschienene Teuerungstatistik des Reiches zeigt, daß in den durch Evidenzmeldungen erfaßten 47 Gemeinden 20 Orte sich befinden, die auch im April eine weitere Steigerung der Lebensunterhaltskosten zu verzeichnen hatten. Von größeren Orten befinden sich darunter Dresden, Frankfurt a. M., Dortmund, Hagen, Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Nürnberg, Stuttgart und Augsburg. Daß die Steigerungen vielfach recht erheblich waren, erhellt daraus, daß diese in 9 von den 20 Orten mehr als 40 Punkte betrugten und in Ludwigshafen mit 85 Punkten ihren Höhepunkt erreichten. Im Durchschnitt hat sich allerdings nach dem vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Evidenzmeldungen angestellten Berechnungen die Reichsindexzahl für April um 7 Punkte auf 804 erniedrigt, also eine Senkung, die gar nicht ins Gewicht fällt. Rechnet man diese für einen Zeitraum von vier Wochen ermittelte Teuerungszahl unter Hinzurechnung der fehlenden Ausgaben für Bekleidung und Sonstiges um, so ergibt das für April ein wöchentliches Existenzminimum von 144 Mark oder 17 850 Mark pro Jahr.

Schließlich sei noch ergänzend bemerkt, daß sowohl R. Calmer wie Dr. Auginsty trotz ihrer Gegenseite zu dem übereinstimmenden Ergebnis kommen, daß die Lebensmittel gegen 1914 jetzt eine 13-14fache Steigerung erfahren haben. Reicht man dann in Betracht, daß Schuhe, Kleider, Wäsche sowie notwendige Haushaltsgegenstände fast durchweg noch eine weit höhere Steigerung aufweisen, daß aber Löhne und Gehälter fast durchgängig nur um das fünf- bis neunfache gestiegen sind, dann kann man ungefähr das große Elend und die Not ermessen, in der die große Masse des arbeitenden Volkes sich gegenwärtig befindet. Es zeigt uns aber auch, wie un Sinnig und ungerechtigt das Verlangen des Unternehmertums ist, von weiteren Lohnforderungen Abstand zu nehmen oder gar an einen Abbau der Löhne zu denken.

## Arbeitslosigkeit und Eisenbahnverwaltung

Ein Mitglied des Bezirksbetriebsrats des Direktionsbezirks Berlin schreibt uns:

In dem Tarifvertrag, den der Deutsche Eisenbahnerverband mit der Eisenbahnverwaltung abgeschlossen hat, wird auch die Arbeitszeit geregelt. Der Tarif bestimmt darüber, daß die regelmäßig zu leistende Arbeitszeit täglich acht Stunden oder wöchentlich 48 Stunden im Durchschnitt beträgt. Damit soll gesagt werden, daß die Arbeitszeit wohl 48 Stunden in der Woche durch besonderen Dienstplan überschritten kann, daß aber die überschrittene Zeit in der nächsten Woche durch Freizeitalt ausgeglichen werden muß. Die Eisenbahnverwaltung hält sich jedoch hieran nicht, sondern bemüht sich dauernd, den durch die Formulierung im Tarifvertrag ohnehin sehr „elastisch“ gestalteten Arbeitsvertrag zu überschreiten. Sie stützt sich dabei auf eine Verfügung des ehemaligen preussischen Eisenbahnministers Dejer, wonach Bedienstete auf Wunsch länger denn 48 Stunden arbeiten können. Die Verwaltung braucht für eine solche Überschreitung des Arbeitsvertrages natürlich stets die Zustimmung der betreffenden Arbeiter, aber man weiß wohl, daß sie durch einen mehr oder weniger gelinden Druck des Vorgesetzten nicht allzuschwer zu erreichen ist.

Die Musikgelehrte Ch. M. Widor aus diesem Anlaß im „Gaulois“ (der politisch rechts steht) von der Stellung, die „unser heiliger Vater Bach“ jetzt in Frankreich bezieht. „Im vergangenen Winter“, schreibt er, „drängte ich jeden Donnerstag eine dicke Menge nach dem Konseratorium, wo Marcel Dupré das ganze Orgelwerk des großen Sebastian zu Gehör brachte; die acht Hände der Präzedenzen, Fugen und Choräle fanden ein andächtiges Publikum. Welch ein Fortschritt! Es ist kaum ein halbes Jahrhundert her, seit man bei uns einige Teile des ungeheuren Werkes kennt. Mit Ausnahme des wohltemperierten Klaviers, das die Klavierspieler mit mechanischer Fingerfertigkeit zur Übung spielen, waren die Sonaten, Messen, Oratorien, Kantaten unbekannt. Von dem, den wir heute „unsern heiligen Vater Bach“ nennen, wußte man nichts oder fast nichts. Ich erinnere mich noch, in welche Aufregung der gute Ambrosio Thomas, der Komponist von „Nigun“, eines Tages geriet, als er zufällig einen Bach'schen Choral hörte. Er ließ sich das Notenbuch geben, blätterte die noch wenig benutzten Seiten durch und rief einmal über das andere Mal aus: „Welch eine erstaunliche, welche eine bewundernswürdige Musik! Woher stammt sie? Warum stehen diese Stücke nicht auf unsern Programmen, warum hören wir sie nicht jeden Tag?“ Widor gibt dann einen Ueberblick über die Wiederentdeckung Bachs in Deutschland zu Anfang des 19. Jahrhunderts und schildert, wie die Werke dieser Bewegung sich über Brüssel auch nach Frankreich verpflanzten. Das beste Mittel der Propaganda für die Orgelmusik des großen Meisters waren aber die schönen Orgeln, die Cavallotti in den Pariser Kirchen erbaute, in Saint-Sulpice, Notre-Dame, Trinité, Saint-Clotilde u. a. Bald wurde nun auch die deutsche Bachliteratur ins französische überetzt, und dann erschienen bedeutende französische Arbeiten, wie die von Grenier, André Pirro, Albert Schweitzer. Zu gleicher Zeit wurden Vereine zur Ehre des Thomaskantors und Vizegänger Bachs begründet: die „Concordia“ und die „Bachgesellschaft“. Am Konseratorium führte man allmählich die Matheus- und Johannispassion, die H.-Koll.-Messe und die Meißnerkantate auf. Heute“, schließt Widor, „ist das Werk des großen Sebastian uns ebenso vertraut wie das Beethoven's“.

**Operettenspieler im Komödientheater.** Ich habe, weiß Gott, nichts gegen Operetten. Ich bin sehr gern mal lustig und fidel. Aber eine Operette, in der man sich langweilt, das ist unerträglich. „Der blonde Engel“ ist so eine Operette, in der man sich langweilt. Drei Alte langweilen immer 2 oder 3 Personen verschiedene Geschlechts auf der Bühne und erzieren ihre etwas komplizierten Familienverhältnisse: es handelt sich um eine geschiedene Frau, die beinahe, aber nur beinahe den Stiefsohn ihres ehemaligen Gatten heiratet. Während sie diese etwas verwickelten aber keineswegs komischen Familienverhältnisse erzieren, erzählen sie zwischen durch ganz unmotiviert einige Witze aus den allerältesten Jahrgängen der „fliegenden Blätter“, singen ein Liedchen mit irgendeinem unanständigen Refrain oder sangen ebenso plötzlich und unmotiviert zu tanzen an. Nachher geht dann die unterbrochene Erzählung der Familienverhältnisse weiter. Sonst passiert während der drei Alte nichts — aber gar nichts. Man denkt unwillkürlich: Wenn doch wenigstens mal

Trotzdem in solcher Weise die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters über Gebühr ausgedehnt wird, wird von der Eisenbahnverwaltung immer wieder versichert, daß sie zu viel Arbeiter beschäftigt. Die mehrfach eingeleiteten Wirtschaftskommissionen, deren Aufgabe es war, die Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes zu prüfen und sicherzustellen, zeigten einzig und allein das Bemühen, zu hohe Belegschaftsziffern nachzuweisen. Nur in einem Plus an Arbeitskräften glaubten sie die Unwirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes suchen zu sollen. Sie ließen sich zu einer Änderung ihrer Auffassung auch nicht dadurch bewegen, daß ihnen von den Betriebsräten und sogar von einzelnen Dienststellenleitern nachgewiesen wurde, daß die Unwirtschaftlichkeit des Betriebes in vielen Fällen auf einen Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen war. Die Vorarbeiter sind nicht in der Lage, die notwendigen und dringenden Reparatur- und Säuberungsarbeiten durchzuführen, weil zahlreiche Arbeiter, die dafür bestimmt waren, für den Fahrdienst abgetrieben werden mußten, angeblich zur Hebung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Die Säuberung und die Reparatur der Lokomotiven wird nur selten in dem notwendigen Umfange ausgeführt. Die Versäumnisse bei der Säuberung und Herrichtung der Personenwaggons kann jeder Fahrgast täglich mit eigenen Augen beobachten und am eigenen Leibe spüren. Auch die Unterhaltungsarbeiten am Bahnkörper liegen im argen. Dennoch wird ständig behauptet, daß zuviel Personal beschäftigt ist. Zeigen sich diese Uebelstände schon jetzt, so werden sie noch viel deutlicher zutage treten, wenn die Urlaubszeit beginnt. Dann ist keinerlei Ersatz für die im Urlaub befindlichen Bediensteten vorhanden und die Zurückgebliebenen werden nicht in der Lage sein, die Arbeit der Beurlaubten mit zu verrichten. Darum muß bald Abhilfe geschaffen werden.

Die Frage der Unterbringung der zahlreichen Arbeitslosen steht gegenwärtig wieder einmal zur öffentlichen Diskussion. Sie wird nie von der Tagesordnung verschwinden, wenn der Staat in seinen Betrieben in solcher Weise wirtschaftet. Aber auch den Eisenbahnbetrieben muß gesagt werden, daß sie gegenüber dem Anstehen, die 48-Stundenwoche stundenweis zu überschreiten, oder gar eine siebenstündige Schicht in der Woche einzulegen, mehr Rücksicht zeigen müssen. Ist es die Pflicht der Eisenbahnverwaltung, in erster Linie selbst produktive Erwerbslosenfürsorge zu betreiben durch die Einstellung möglichst vieler Arbeitslosen, so ist es die Pflicht der Eisenbahner, gegenüber den Erwerbslosen Solidarität zu üben durch strenge Einhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit.

## Befolgung der Fortbildungsschullehrer

### Einpruch des Reichsfinanzministers

Die P. B. N. melden: Das preussische Staatsministerium hat im Dezember vorigen Jahres der Verfassungskommission des preussischen Landtags den Entwurf eines Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstvertrages vorgelegt, in dem für die Lehrer an den Fortbildungsschulen die Gehaltsgruppe 8 und für die Direktoren die Gehaltsgruppe 9 und 10 der allgemeinen Befoldungsordnung vorgesehene waren. Der mit der Beratung des Entwurfs betraute Ausschuss hat die Regierungsvorlage dahin abgeändert, daß für die Lehrer die Gehaltsgruppe 9 und für die Direktoren die Gehaltsgruppe 10 und 11 vorgesehene wurden. Maßgebend für diesen Beschluß war die Erwägung, daß durch die übrige Befoldungsgeschichte die Fortbildungsschullehrer in die Gruppe 7 und 8 und die Direktoren in die Gruppe 8 und 9 eingeordnet waren. Das Staatsministerium trat dem Beschluß des Ausschusses bei und die Landesversammlung nahm am 14. Januar das Gesetz in der durch einseitigen Beschluß an. Bisher hat das Gesetz noch nicht veröffentlicht werden können, weil der Reichsfinanzminister gegen die Gehaltsfestsetzung auf Grund des Reichsbefoldungsgesetzes vom 21. Dezember 1920 mit der Behauptung Einspruch erhoben hat, daß die Gewerbe- und Handelslehrer dadurch günstiger gestellt wurden als die entsprechenden Beamten. Die preussische Staatsregierung hat sich diese Auffassung nicht zu eigen zu machen vermocht und hat das Reichsgericht in Leipzig angerufen, daß demnach darüber zu entscheiden haben wird, ob der vom Reichsfinanzminister erhobene Einspruch begründet ist oder nicht.

Wir wollen hoffen, daß das Leipziger Schiedsgericht schnell und zugunsten der Lehrer entscheidet. Es steht hier mehr auf

der Kronleuchter herunterfiel oder sonst irgend eine Kleinigkeit passierte! Aber nichts, gar nichts geschah. Robert Winterberg hat eine ebenso aufregende und ereignisreiche Musik dazu geschrieben. Und das nennt sich dann deutsche Operette. Gott soll uns behüten! — Schade, daß so begabte Schauspieler wie Paul Heldemann, Inge von der Staaken, Josefine Dora und He Marlen ihre Kräfte an solch langweiligen Schmarren vergeuden müssen.

**Das rote Kreuz lernt Esperanto.** Die X. internationale Konferenz des roten Kreuzes hat in der Plenarsitzung in Genf durch Abstimmung folgende Resolution zum Beschluß erhoben: Nachdem die X. Konferenz des roten Kreuzes die Tatsache konstatiert hat, daß Sprachwierigkeiten ein vielseitiges Hindernis gegen die Verwirklichung des internationalen Zieles des roten Kreuzes für die Hilfsarbeit aus den Schlachtfeldern und unter den Kriegsgefangenen und sogar auf den Kongressen des roten Kreuzes bilden, spornt sie alle Organisationen des roten Kreuzes an, die Erlernung der internationalen Hilfssprache Esperanto zwischen ihren Mitgliedern und ganz besonders bei den Jugendabteilungen zu verbreiten; denn diese Hilfssprache stellt eines der gewaltigsten Hilfsmittel zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit dar.

**Die weltliche Schule.** Der Gewerbeverband Thüringen der Freien Lehrergemeinschaft Deutschlands (Mitglied der „Afa“) empfiehlt seine Flugchrift „Die weltliche Schule“ zum Massenvertrieb. Zu beziehen durch Arthur Göpel, Zella-Mehlis II, Anspellerstraße 31. Preise: 1 Stück 1.— M. und Versandkosten, 10 Stück 10.— M. spesenfrei, 100 Stück 80.— M. und Versandkosten. Bis zum Erlaß des Reichshulgesetzes muß die Idee der weltlichen Schule erst im Proletariat verankert sein. Deshalb werden die Ortsgruppen aller sozialistischen Parteien, die Freidenker und die sozialistischen Lehrer dringend ersucht, diese Flugchrift in Massen zu vertreiben.

### Tages-Notizen

**Größe Kollorper Berlin.** Infolge totaler Schwereitigkeiten mit „Xenia“ am 20. Mai, in der Kollorper, auf Montag, den 20. Mai, verlegt die Kollorperung in dieselbe. Größe Kollorper gültig.

**Städtisches Schauspielhaus.** Sonntag, vom 14.12. Uhr, Wiederholung der Mitbürgerfeier „Bei Casimir“ zum Besten des Gesellschaftsvereins in Frankfurt a. M. Mitwirkende u. a. Josefine Dora, Otto Sommerfeld, Barbara Kemp, Leo Schilling, des Kaiserhof-Quartett, der Wagners-Chor. Kation von 4 M. aufwärts.

**Germanenbrüder.** Neues Volkst. 27. Die St. Jakschstraße. — Suisen-Theater: 20. Berlin, wie es weint und lacht.

**Konkurrenz.** Bei Paul Collier, Viktorstr. 25, findet eine Gedächtnisausstellung Eugen von Richter (Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen) statt. — Eine Ausstellung der besten modernen deutschen Graphik, auf der etwa 1200 Künstler von ungefähr 100 Künstlern vereinigt werden sollen, bereitet für Anfang Juni der Züricher Kunsthändler Wolfberg vor. Die Ausstellung-Kunstausstellung, Währburger Str. 28, unterhält in ihren Räumen, Sonntag vormittags 10 Uhr und nachmittags 4 Uhr, besondere Führungen mit Vortrag. Eintritt frei.

dem Spiele, als eine Mehrausgabe von einigen Millionen, denn gerade die schulentlassene Jugend, die geistig und sittlich unter den Kriegsjahren ungewöhnlich leidet, bedarf des Lehrers, der nach Möglichkeit frei ist von materieller Sorge. Wie verderblich muß der Lehrer wirken, der vergrämt, sorglos und unglücklich seine verantwortungsvolle Tätigkeit ausübt. Die Fortbildungsschule bedarf überhaupt der gründlichen Erneuerung, und das wird noch weitere Unkosten bereiten.

## Die Entfaltungsfreiheit der christlichen Schule

Das Reichsschulgesetz beschäftigt auf das lebhafteste die Geister der Christenheit. Der Deutsch-evangelische Schulkongress, der am 17. Mai in Bielefeld begann und von 250 Teilnehmern besucht war, hat sich einen Vortrag von Herrn Professor Bachmann über die Schule in Deutschland halten lassen und Herr Wumm hat den Entwurf zum Reichsschulgesetz im besonderen behandelt. Daß diesen Herren die im Reichsschulgesetz vorgesehene Möglichkeit zur Gründung von religionslosen Schulen unbedeutend ist, mag es mit dieser Möglichkeit in der Praxis auch noch so schlecht bestellt sein, war selbstverständlich. Aber auch die Konfessionslose als Sonderschule bringt sie in Aufregung. Sie fürchten — und mit Recht — daß diese nur dem Katholizismus zugute kommen wird. Daher gehen sie sich liberal und treten für die St. multanische ein, weil sie wissen, daß der Religionsunterricht in dieser Schule, der nach Verfassung und Reichsschulgesetz ordentlicher Lehrgegenstand sein soll, fast durchgehend auf dem evangelischen Bekenntnis beruht, oder doch den Ansprüchen der evangelischen Kirche genügt. Dennoch forderte Herr Wumm in einer Entschließung, die von der Tagung gutgeheißen wurde, noch besonders, daß der Regierungsentwurf gründlich umgearbeitet werden möchte, um die evangelische Schule gegen Beeinträchtigung sicher zu stellen. Der Schulkongress könne nur bestehen auf Grund der Entfaltungsfreiheit der christlichen Schule.

Sehr bezeichnend waren die Ausführungen des Herrn Bachmann. Er sagte u. a.:

„Es besteht die Gefahr, daß die von sozialdemokratischer Seite erstrebte weltliche Schule zu einer Sonderschule des vierten Standes ausgebildet wird. Dadurch droht die bisher schon bestehende nationale und soziale Zerrissenheit im deutschen Volke in Zukunft noch weiter vertieft zu werden.“

Eigentlich ist es ja zum Lachen. Wir haben bereits dargelegt, wie gering die Aussicht ist, daß die weltliche Schule sich innerhalb der Stachelndrahtverhänge der geltenden Schulverwaltungs- und Schulaufsichtspraxis auf Grund des Reichsschulgesetzes entfalten kann. Aber selbst von den möglicherweise vorkommenden dürftigen Anfängen zu einer weltlichen Schule fürchtet die evangelische Christenheit das Entstehen einer „Sonderschule des vierten Standes“. Das heißt, diese Leute, die bisher gewohnt waren, die Jugend des Proletariats in der Schule völlig in der Hand zu haben, fürchten, daß sich das Proletariat seine eigene Schule nach seinem eigenen Willen schaffen könnte.

Und sie haben ganz recht! Das muß unter den gegenwärtigen Umständen — so weit wie möglich — unser Ziel sein. Daraufhin müssen wir den Entwurf zum Reichsschulgesetz prüfen und in dieser Richtung wollen wir ihn nach Möglichkeit der Umarbeitung unterziehen. Die Bahn für die weltliche Schule muß frei gemacht werden, so weit es die politischen Machtverhältnisse und die in der Verfassung gezogenen Schranken gestatten.

## Es soll nicht wahr sein!

Vom Kommando der Schutzpolizei Gelsenkirchen geht uns zu dem in unserer Morgenausgabe vom 30. April 1921 veröffentlichten Artikel „Zierden der Republik“ folgende Berichtigung zu:

Die gegen die Polizeioberleutnants Weichardt und Moritz der Schutzpolizei Gelsenkirchen erhobene Beschuldigung, sie hätten den Kommunisten Meyer und einen anderen Kommunisten während der letzten Unruhen in Gelsenkirchen mit Keilgeräten durchgepeitscht, und die Festgenommenen hätten dann blutüberströmt stundenlang mit erhobenen Händen, mit dem Gesicht zur Wand gekehrt, stehen und rufen müssen: „Wir sind Hochverräter!“ und „Wir sind Vaterlandsverräter!“ und u. u. h. Oberleutnant Moritz hat überhaupt nichts mit den Festgenommenen zu tun gehabt, weder während noch nach ihrer Festnahme. Richtig ist es, daß Meyer von einem Wachmeister verprügelt worden ist, als er aus dem Vernehmungszimmer geführt wurde. Oberleutnant Weichardt, der Leiter der Vernehmungsstelle ist, sprang hinzu, um dies zu verhindern. Er hatte Mühe, zusammen mit dem den Meyer abführenden Beamten, den Wachmeister von Meyer wegzureißen. Der Wachmeister, vom Oberleutnant Weichardt sofort über seine Handlungsweise zur Rede gestellt, erklärte, daß Meyer während der Märzunruhen im Jahre 1920 des Wachmeisters Frau in seiner Wohnung mißhandelt und mit einer Handgranate derart an den Kopf geschlagen hatte, daß die Frau ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. In seiner Wut, sich diesem Menschen gegenüber zu sehen, hat er nicht gewußt, was er tat und hat auf Meyer eingeschlagen. Dies ist der wahre Sachverhalt.

Ferner ist die Behauptung, die ganze dritte Hundertschaft des Oberleutnants Damm hätte sich zu einer Gasse von 200 Meter Länge aufgestellt, und der Kommunist Rübhausen hätte Speicherringen laufen müssen, wobei jeder der Beamten mit einem schweren Gummiknüppel auf Rübhausen einschlug, bis dieser zusammenbrach, u. u. h. Oberleutnant Damm befand sich vom Januar bis einschließlich Mai überhaupt nicht in Gelsenkirchen. Die hiesige Schutzpolizei ist mit Gummiknüppeln überhaupt nicht ausgerüstet und kann Rübhausen infolgedessen gar nicht damit geschlagen worden sein.

Zu dieser Berichtigung haben wir zu bemerken, daß wir die angezogenen Vorfälle der Schilderung eines Wachmeisters der Schutzpolizei entnahmen, die dieser „im Interesse der Säuberung seines Standes“ in der „Berliner Volkszeitung“ veröffentlichte. Die „Berliner Volkszeitung“ wird nicht umhin können, ihren Gewährsmann auf die Wahrheit seiner Angaben zu prüfen. Bestätigt wird jedenfalls in der Berichtigung, daß Meyer geschlagen wurde. Es fehlt aber die Angabe, ob der prügelnde Wachmeister zur Verantwortung gezogen wurde. Denn die Erzählung von der Mißhandlung der Frau des Wachmeisters durch Meyer während der Märzunruhen 1920 klingt reichlich unglaubwürdig.

Der preussische Staatsrat ist von seinem Vorsitzenden, Dr. Adenauer, zum 27. Mai einberufen worden. Der Staatsrat wird etwa eine Woche zusammenbleiben, um den neuen Etat, einige kleinere Gesetze und seine neue Geschäftsordnung zu beraten. Die Ausschüsse für den Staatshaushaltsplan und für die Geschäftsordnung treten bereits am 25. Mai zusammen. Auch der Ausschuss für die obersten Verordnungen wird demnächst zusammentreten. Von den 73 Staatsratsmitgliedern sind bisher 43 in Ausschüssen vertreten, also 58 Prozent der gesamten Körperschaft sind Ausschussmitglieder.

Frankfurt'sche Handelskammer in Köln. Wie in der Sitzung der Kölner Handelskammer mitgeteilt wurde, ist in Köln eine französische Handelskammer errichtet worden.



